

2018 / Kriege ohne
Ende. Mehr Diplomatie –
weniger Rüstungsexporte /
friedensgutachten

BICC Bonn International Center for Conversion

HSFK Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

IFSH Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg

INEF Institut für Entwicklung und Frieden

5



2018 / Der innere Frieden in Gefahr /

TRANSNATIONALE SICHERHEITSRISIKEN

5.1 ↘ Transnationale Risiken

5.2 ↘ Flucht, Terrorismus und innerer Friede in Deutschland

↓ EMPFEHLUNGEN

5

126

1 Transnationale Sicherheitsrisiken sind komplex und können sich wechselseitig verstärken

Risiken sind im Gegensatz zu Bedrohungen unbestimmt. Der Umgang mit ihnen ist durch Ungewissheit geprägt. Die Bundesregierung sollte Risiken mit der gebotenen Dringlichkeit aber ohne Alarmismus kommunizieren.

2 Konzeptionelle Debatte wieder aufnehmen

Transnationale Sicherheitsrisiken erfordern ein weites Sicherheitsverständnis, das von allen Ressorts getragen wird. So mühsam konzeptionelle Debatten sind, so wichtig sind sie für die interinstitutionelle Kooperation.

3 Multilateralismus stärken

Transnationale Sicherheitsrisiken erfordern ein international abgestimmtes Vorgehen. Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, die EU zu einem globalen sicherheitspolitischen Akteur auszubauen mit dem Ziel, strategische Partnerschaften einzugehen.

4 So zivil wie möglich, so militärisch wie nötig

Transnationale Sicherheitsrisiken sind nicht in erster Linie militärischer Natur. Deshalb sollte zivilen Ansätzen Priorität eingeräumt werden.

5 Der Flucht-Terror-Nexus ist irreführend

Im Verhältnis zu anderen Faktoren, die Terrorismus fördern, ist Flucht nachrangig. Der Behauptung, eine liberale Flüchtlingspolitik fördere Terrorismus, sollte offensiv entgegengetreten werden.

6 Integration und Familiennachzug ermöglichen

Die Bekämpfung des transnationalen Terrorismus darf nicht gegen eine liberale Flüchtlingspolitik ausgespielt werden. Um der Radikalisierung von Flüchtlingen vorzubeugen, müssen die Integration verbessert und der Familiennachzug erleichtert werden.

7 Integration braucht Wertschätzung

Die Behauptung, der Islam gehöre nicht zu Deutschland, erschwert die Integration. Deutschland braucht ein Integrationskonzept, das die friedliche Religionsausübung von Muslimen nicht nur als etwas Fremdes toleriert, sondern als etwas Eigenes wertschätzt.

8 Rechte Gewalt gegen Flüchtlinge und Asylunterkünfte ist Terrorismus und gefährdet den inneren Frieden

Die lange vernachlässigte Gefahr, die von gewaltbereiten rechten Gruppen gegenüber Flüchtlingen und Migrantinnen und Migrationen ausgeht, und ihre Billigung in Teilen der Gesellschaft erfordern entschlossene polizeiliche und strafrechtliche Verfolgung.

9 Flüchtlingspolitik beginnt nicht erst in Deutschland

Die schlechte Versorgung in Flüchtlingslagern ist ein Grund dafür, dass Flüchtlinge den gefährlichen Weg nach Europa wählen. Darum muss die Arbeit des UNHCR gestärkt werden.

TRANSNATIONALE SICHERHEITSRISIKEN / Der innere Frieden in Gefahr /

Transnationale Risiken (wie Terrorismus, zerfallene Staatlichkeit, Klimawandel, organisierte Kriminalität und unkontrollierte Migration) stellen eine doppelte Herausforderung dar. Zum einen gefährden sie die *innere Sicherheit*, indem sie Leben bedrohen, Kosten verursachen und Zukunftsängste schüren. Zum anderen untergraben sie den *inneren Frieden*, indem sie Zweifel an der Gestaltungsfähigkeit der Politik nähren, Vorurteile gegenüber Fremden wecken und den gesellschaftlichen Zusammenhalt bedrohen. Umso wichtiger sind Früherkennung und Prävention.

5.1 Transnationale Risiken

Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts wird verstärkt von transnationalen Sicherheitsrisiken gesprochen. Gemeint sind damit Gefahren, die nicht von einem einzelnen Land ausgehen und auch nicht auf einzelne Länder beschränkt bleiben, sondern über Territorialgrenzen hinweg wirksam werden können. In der Sicherheitsforschung und Sicherheitspolitik sind Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und organisierte Kriminalität „klassische“ transnationale Risiken. In der breiteren Friedens- und Konfliktforschung zählen dazu auch zerfallene Staatlichkeit, Umweltzerstörung und Klimawandel, Flucht und Migration und nicht zuletzt Epidemien und Pandemien. Diese Risiken stellen Gefahren dar, die nicht nur das Leben vieler Menschen bedrohen, sondern auch die Stabilität von Staaten und Regionen, wenn nicht sogar des internationalen Systems untergraben können. Im Rahmen des Friedensgutachtens können wir nicht auf alle diese Risiken eingehen. Vielmehr sollen zunächst ihre allgemeinen Charakteristika dargestellt werden. Anschließend zeigen wir anhand der Thematik Flucht und Migration die Komplexität von nur scheinbar einfachen Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen und von nur scheinbar schnell wirkenden Lösungsansätzen auf. Vor allem aber ist der Nexus zu Terrorismus deutlich vielschichtiger und weniger gravierend als öffentlich dargestellt. Die primäre Herausforderung, die sich durch Flucht und Migration ergibt, ist nach innen die der Integration und nach außen die einer nachhaltigen Entwicklungs-, Außen- und Sicherheitspolitik.

CHARAKTERISTIKA TRANSNATIONALER RISIKEN

5
128

Was transnationale *Risiken* von internationalen *Bedrohungen* unterscheidet, ist ihre Unbestimmtheit. Die Einschätzung transnationaler Risiken ist, anders als die militärischer Bedrohungen, immer von Ungewissheit geprägt. Selbst wenn man versucht, Risiken als das Produkt aus Eintrittswahrscheinlichkeit und erwarteten Schäden zu berechnen, bleibt ein Rest an Ungewissheit, der es politischen Entscheidungsträgern schwermacht, die Dringlichkeit bestimmter Probleme einzuschätzen, entsprechende – evtl. präventive – Maßnahmen einzuleiten und diese auch transparent zu kommunizieren, ohne der Verführung einfacher Erklärungen zu erliegen.

Transnationale Risiken stellen eine doppelte Herausforderung dar. Zum einen gefährden sie die *Sicherheit* von Staaten, Gesellschaften und ihren Bürgerinnen und Bürgern unmittelbar: Organisierte Kriminalität z. B. fordert das Gewaltmonopol des Staates heraus und verbreitet Unsicherheit und Angst in der Gesellschaft. Dem weltweiten Terrorismus fielen 2017 achtzehntausend Menschen zum Opfer und am Ebola-Virus starben in Westafrika zwischen 2014 und 2016 mehr als elftausend Menschen. Menschliche, gesellschaftliche und staatliche Sicherheit sind von transnationalen Risiken direkt betroffen.

Zum anderen wirken transnationale Risiken auch indirekt auf Staaten und Gesellschaften und gefährden deren inneren *Frieden*. Dort, wo ihnen Staaten nicht angemessen begegnen, können sie das Vertrauen in politische Institutionen erschüttern. Wenn Staaten beispielsweise organisierte Kriminalität nicht in den Griff bekommen, schwindet in der Gesellschaft das Zutrauen in die Macht des Staates. Entsprechendes gilt für die Bekämpfung von Terrorismus oder die Bewältigung von Epidemien – auch wenn bei transnationalen Risiken das subjektive Sicherheits- und Bedrohungsempfinden der Bevölkerungen oft nicht mit der tatsächlichen Wahrscheinlichkeit, davon betroffen zu werden, übereinstimmt. Dennoch: Wo die Effektivität staatlicher Institutionen angezweifelt wird, schwindet staatliche Legitimität und unter Umständen die Bereitschaft, sich an Recht und Gesetze zu halten.

Sicherheit und inner-
gesellschaftlicher
Frieden gefährdet

Diesen Risiken ist aber nicht mit eindimensionalen Maßnahmen zu begegnen. Auch wenn solche Risiken zu gewaltsamen Konflikten führen oder vorhandene verschärfen können, sind sie in der Regel selber nicht militärischer Natur. Sie militärisch zu bekämpfen, etwa gegen Terroristen Krieg zu führen oder gegen organisierte Kriminalität die Armee einzusetzen, hat kontraproduktive Nebenwirkungen, die die Situation verschärfen können. Allerdings benötigt die zivile Konfliktbewältigung ein relativ sicheres Umfeld, sodass von Fall zu Fall militärische und polizeiliche Maßnahmen integriert werden müssen.

Hinzu kommt, dass transnationale Risiken sich wechselseitig verstärken können. Es ist bekannt, dass Klimawandel und Umweltzerstörung vorhandene gesellschaftliche Konflikte verstärken und damit zum Zerfall von Staatlichkeit beitragen können. Schwache Staatlichkeit wiederum ist ein Nährboden für Terrorismus: Zum einen fördert sie die Entstehung von Bürgerkriegen, zum anderen bietet sie Freiräume, in denen sich transnationale Terrorgruppen organisieren können. Bürgerkrieg und Terrorismus wiederum lösen Flüchtlingsströme aus, die Nachbarländer destabilisieren, Umweltkrisen verursachen und vorhandene Konflikte verschärfen können.

Können, aber nicht müssen! Wie einzelne transnationale Sicherheitsrisiken zusammenhängen, ist noch weitgehend ungeklärt. Dass es verstärkende Effekte gibt, ist offensichtlich. Aber von keinem der genannten Risiken kann mit Bestimmtheit gesagt werden, es gefährde Sicherheit und Frieden in jedem Falle. Es ist sogar denkbar, dass durch Risiken neue Kooperationsmöglichkeiten entstehen. Selbst relativ einfache Zusammenhänge sind in der Forschung nach wie vor umstritten. Auch als illegitim empfundene autoritäre Staatlichkeit kann eine Ursache für Terrorismus sein ebenso wie polarisierte Gesellschaften. Im Folgenden soll anhand einzelner, scheinbar einfacher Zusammenhänge aufgezeigt werden, dass Widersprüchlichkeiten, Komplexitäten und Ungewissheiten transnationalen Risiken inhärent ist.

DIE GLOBALE ENTWICKLUNG DES TERRORISMUS

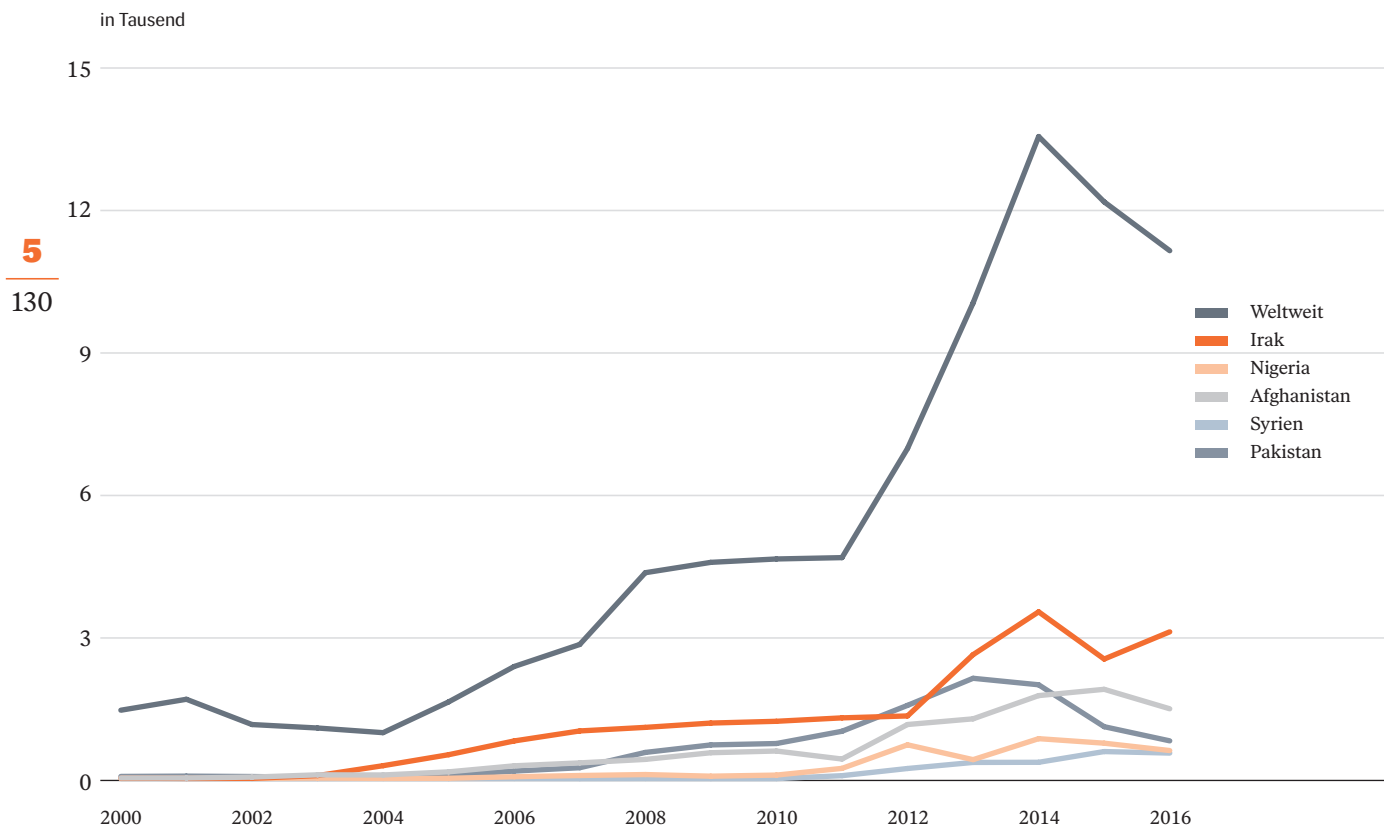
Terrorismus hat sich mit der Entstehung und Ausbreitung von Al Qaeda und dem Islamischen Staat zu einem globalen Phänomen von historischen Ausmaßen entwickelt. In den vergangenen Jahren gibt es jedoch Anlass zu gedämpftem Optimismus. Nachdem im Jahr 2014 ein historischer Höchstwert von 13.510 Terroranschlägen mit 32.775 Todesopfern erreicht war, setzte daraufhin ein Abwärtstrend ein → **35 / 36** /130. In den Jahren 2015 und 2016 erfolgte eine Reduktion der Anschläge um 18 Prozent auf 11.110. Auch die Anzahl der Todesopfer konnte auf 25.673 um knapp 22 Prozent reduziert werden. Die aktuellsten Daten legen nahe, dass sich dieser Trend 2017 fortgesetzt hat.¹ Diese substanzielle Reduktion ist vor allem den Entwicklungen in den am stärksten vom Terrorismus betroffenen Staaten geschuldet, die in den letzten Jahren deutlich weniger Terroranschläge erlebten.

Zahl der Terroranschläge und -opfer geht weltweit zurück

Vor allem in Afghanistan, Nigeria und Syrien sind die Zahlen der Anschläge und Terroropfer bis 2016 rückläufig. Allerdings sind in Afghanistan die Zahlen zuletzt wieder angestiegen. Zwischenzeitlich hatte es so ausgesehen, als ob die Taliban sich auf traditionelle Formen des Guerillakrieges besinnen würden, die Anschläge Anfang 2018 zielen allerdings wieder auf die Verbreitung von Angst und Terror. In Nigeria macht sich demgegenüber die Schwächung der Terrorgruppe Boko Haram durch Abspaltungen und Verlust von Territorium bemerkbar. Selbst in Syrien, wo es in den letzten zehn Jahren den größten Anstieg an Terroranschlägen gegeben hatte, fielen zuletzt die Terroropferzahlen. Zurückzuführen ist das unter anderem darauf, dass die al-Nusra-Front bestrebt ist,

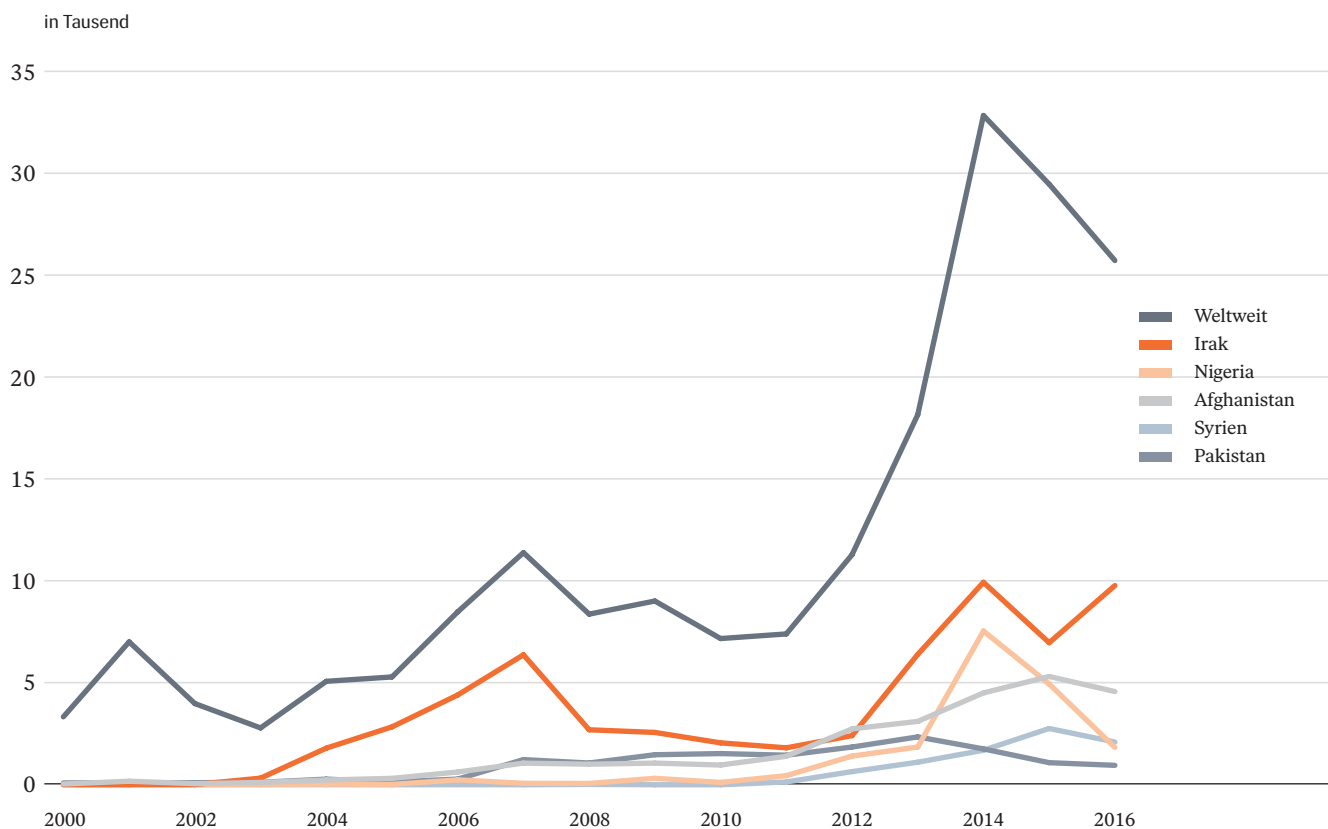
35 Entwicklung von Terroranschlägen seit dem Jahr 2000

Quelle → 5 / 143



36 Entwicklung der Todesopfer bei Terroranschlägen seit dem Jahr 2000

Quelle → 5 / 143



sich weniger als Terrorgruppe denn als Rebellengruppe der Anti-Assad-Allianz (unter dem Namen Jabhat Fateh al-Sham) zu präsentieren. Entscheidend ist auch die militärische Niederlage des Islamischen Staates in Syrien und Irak. Waren die Anschläge im Irak 2016 noch drastisch auf fast 3.000 und die Opferzahlen auf fast 10.000 gestiegen, sank 2017 die Zahl der Anschläge um ein Drittel und die der Todesopfer um fast zwei Drittel.

Obwohl der IS im Laufe des Jahres 2017 fast sein gesamtes Territorium verloren hat, bleibt er mit ca. 4.500 Anschlägen, die ihm zuzurechnen sind, die aktivste Terrorgruppe weltweit → F /25–26. Allerdings fielen diesen Anschläge 40 % weniger Menschen zum Opfer als in den vergangenen Jahren, und es war kein einziger zentral geplanter Anschlag wie der in Paris im November 2015 oder in Brüssel im März 2016 darunter. Die größte Gefahr geht deshalb von militanten Gruppen oder Einzelpersonen aus, die behaupten, im Namen des Islamischen Staates zu handeln, wie im 2017 im Mai in Manchester oder im August in Barcelona.

Der Islamische Staat bleibt die aktivste Terrorgruppe

Entsprechend hoch schätzt Europol im Terrorism Situation and Trend Report 2017 nach wie vor die Bedrohung der Europäischen Union durch transnationalen Terrorismus ein. Zwar ist der Islamische Staat auf dem Rückzug, doch erhöhe das die Gefahr dezentraler Anschläge in westlichen Metropolen. Zudem könne die Konkurrenz zwischen Al Kaida und dem IS um die Führerschaft im globalen Dschihad eine Eskalation auslösen (→ Europol 2017: 26).

Der Globale Süden ist weit stärker vom Terrorismus betroffen als der Globale Norden. In OECD-Ländern sind ca. 1 % der weltweiten Terroropfer zu beklagen. Auch die mittelbaren Folgen des Terrorismus wie fragile Staatlichkeit, regionale Instabilität und Fluchtbewegungen betreffen vor allem die Länder des Globalen Südens. So haben die Nachbarländer Jordanien und Libanon den Großteil der 5 Mio. syrischen Flüchtlinge aufgenommen und große Hilfsbereitschaft gezeigt. Mitte 2017 spitzte sich die Situation in diesen Ländern allerdings wieder zu, als das UNO-Flüchtlingshilfswerk UNHCR nicht mehr die Mittel hatte, syrische Flüchtlinge angemessen zu versorgen. Schon 2015 hatte die drastisch verschlechterte Versorgung in den Flüchtlingslagern dazu geführt, dass viele Flüchtlinge den gefährlichen Weg nach Europa einschlugen. Der Zusammenhang zwischen Flucht und Terrorismus ist also deutlich vielschichtiger als häufig dargestellt, und die Kausalität liegt anders als häufig behauptet: Terrorismus führt vor allem zu Flucht; in Ausnahmefällen finden sich unter Flüchtlingen Terroristen. Die Herausforderungen, die sich Gesellschaften dadurch global stellen, sind ungleich verteilt – betroffen ist vor allem der Globale Süden.

Globaler Süden am stärksten von Terrorismus und Flucht betroffen

FRAGILE STAATLICHKEIT UND TERRORISMUS

5
132

Seit 9/11 wird verstärkt über den Zusammenhang von fragiler Staatlichkeit und Terrorismus diskutiert. Die Frage ist, in welchem Maße Staatszerfall oder Staatsschwäche die Entwicklung von Terrorismus begünstigen. Die Anschläge von New York und Washington 2001 legten zunächst den Verdacht nahe, dass es die „Anarchie“ in einem vom Bürgerkrieg zerrütteten Afghanistan war, die den Aufstieg Al Kaidas zu einer transnationalen Terrororganisation erst möglich gemacht hatte. Quantitative Untersuchungen deuten darauf hin, dass fragile Staatlichkeit sowohl mit der Anzahl der Terroranschläge *in* diesen Staaten, als auch mit der Anzahl der transnationalen Anschläge *aus* diesen Staaten korreliert (→ Piazza 2008; → Coggins 2014). In der auf dem Fragile States Index (FSI) basierenden Rangliste der fragilsten Staaten im Jahr 2016 sind dementsprechend vornehmlich Länder zu finden, die besonders stark von Terroranschlägen betroffen sind → **37** / 132.

Schwache Staaten begünstigen, dass Terrorgruppen entstehen und operieren

Die tatsächlichen Ursache-Wirkungs-Beziehungen sind jedoch komplexer und viele andere Faktoren spielen bei der Entstehung von Terrorismus ebenfalls eine Rolle. Insbesondere die Tatsache, dass Terrorismus und fragile Staatlichkeit analytisch schwer zu trennen sind, erschwert die wissenschaftliche Analyse und Politikberatung. Vermuten kann man jedoch, dass Terrororganisationen schwache Staaten mit einem Minimum an Infrastruktur solchen Gebieten vorziehen, in denen staatliche Strukturen vollkommen zusammengebrochen sind (→ Schneckener 2007). Auch wenn Staatlichkeit keine Garantie gegen Terrorismus ist, erhöht sie die Möglichkeit, transnationalen Terrorismus einzudämmen.

37 Terrorismus in den zehn fragilsten Staaten im Jahr 2016

Seit 2005 erstellt der private Think Tank Fund for Peace in Zusammenarbeit mit der Zeitschrift Foreign Policy einen jährlichen Index, in dem Staaten auf ihr Risiko von Staatszerfall hin untersucht werden. Dabei werden zwölf

verschiedene Faktoren zu einem Index von max. 120 Punkten zusammengefasst, welcher die Grundlage für die Rangliste in Tabelle 1 bildet. Zum Vergleich: Deutschland liegt auf Platz 165 von 178 untersuchten Staaten.

FSI-Rang	Land	Terroranschläge	Todesopfer
1	Somalia	359	740
2	Süd-Sudan	47	472
3	Zentralafrikanische Republik	33	183
4	Sudan	162	95
5	Jemen	366	641
6	Syrien	366	2102
7	Chad	3	7
8	Demokratische Republik Kongo	141	479
9	Afghanistan	1342	4574
10	Haiti	1	7

TERRORISMUS UND FLUCHT

Ein nicht weniger komplexer Zusammenhang ist der zwischen Terrorismus und Flucht, also die Frage, inwieweit Terrorismus Menschen dazu bewegt, aus ihrer Heimat zu flüchten. In der Forschung werden strukturelle Ursachen und akute Auslöser für Flucht und Migration unterschieden – wobei der Unterschied von Flucht und Migration im Grad der Freiwilligkeit besteht: Während Migration eine weitgehend freiwillige Entscheidung ist, ist Flucht eine durch die Umstände erzwungene Handlung. Darüber hinaus haben Flüchtlinge international einen anderen Rechtsstatus als Migranten, insofern sie gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 besonderen Schutz genießen. Strukturelle Faktoren von Flucht und Migration sind vor allem Armut und fehlende Entwicklungsperspektiven sowie politische Unterdrückung und mangelnde Teilhabe. Zur Flucht kommt es aber meist erst dann, wenn Auslöser wie Kriege, staatliche Verfolgung oder Naturkatastrophen als akute Anlässe wirken.

Die Erfahrung von Terrorismus, aber auch von staatlich verübtem Terror, kann so ein Anlass sein. Vor allem statistische Untersuchungen zeigen, dass Terrorismus ein Antriebsfaktor für Flucht und Migration ist. In der Türkei sind beispielsweise die Migrationsbewegungen aus Regionen mit häufigen Terroranschlägen größer als aus Regionen ohne, und sie korrelieren mit der Zahl der Opfer. Wenn man über einen Zeitraum von sieben Jahren die Länder, die am stärksten von terroristischer Gewalt betroffen sind – zum Zeitpunkt 2015: Irak, Afghanistan, Syrien und Pakistan –, in den Blick nimmt, dann zeigt sich, dass es eine direkte Beziehung zwischen der Zahl der Erstantragsteller für politisches Asyl in Europa und der Zahl der Terroropfer in diesen Ländern gibt. Das deutet darauf hin, dass Terrorismus ein entscheidender Grund zur Flucht ist (→ Schmid 2016: 27). Allerdings gilt es auch hier zu betonen, dass monokausale Erklärungen nicht ausreichen, um die komplexe Wirkung von Terrorismus auf Flucht zu erklären. Kontext (z. B. geographische Lage und ökonomische Ressourcen) und Art des Akteurs (Staatsterror oder Terror durch nicht-staatliche Gruppen) beeinflussen wesentlich die Wirkung von Terrorismus auf Flucht und Migration.

Terrorismus ist eine
der Ursachen für
Flucht und Migration

UMWELTZERSTÖRUNG UND FLUCHT

Zusätzlich zu Terrorismus, staatlicher Repression und Bürgerkrieg gelten Umweltzerstörung und Klimawandel als transnationale Risiken, die Fluchtbewegungen auslösen: Dürren, Wasserknappheit und Bodendegradation können zur Verschärfung bestehender Verteilungskonflikte beitragen. Wie der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen schon 2008 feststellte, „ist künftig damit zu rechnen, dass die Zahl der Umweltmigranten deutlich zunehmen wird“ (→ Wissenschaftlicher Beirat 2008: 3). Zwar ist wahrscheinlich, dass sich Umweltmigration zunächst innerhalb von Staatsgrenzen oder regional begrenzt vollzieht. Aber insbesondere in Kombination mit anderen Risikofaktoren, wie sie etwa in ethnisch gespaltenen Gesellschaften vorliegen, kann Umweltzerstörung zu Gewaltkonflikten führen (→ Schleussner et al. 2016) und dadurch den Migrationsdruck aus den Regionen verstärken, die vom Klimawandel bedroht sind.

Umweltzerstörung
trägt zu Migration und
Gewaltkonflikten bei

Zur Bewältigung dieser umweltgetriebenen Migration ist es wichtig, rechtzeitig Möglichkeiten ihrer Steuerung zu entwickeln. Dazu gehören die Klärung des völkerrechtlichen Status von Umweltflüchtlingen im internationalen Flüchtlings- und Migrationsrecht, die Entwicklung internationaler Kooperationsansätze und die verstärkte Berücksichtigung von Umweltmigration bei der Entwicklungszusammenarbeit.

5.2 ✓ Flucht, Terrorismus und innerer Friede in Deutschland

Die selektive Darstellung im ersten Teil hat gezeigt, wie sehr transnationale Sicherheitsrisiken miteinander verschränkt sind und wie schwierig es ist, klare Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge nachzuweisen. Voreilige Schlussfolgerungen verbieten sich deshalb ebenso wie kurzschlüssige Handlungsempfehlungen. Wie sehr sich aber transnationale Risiken dazu eignen, Ängste zu schüren und populistische Absichten zu verfolgen, zeigt die Diskussion um den Nexus zwischen Flucht und islamischem Terrorismus in Deutschland. Weil dabei nicht nur die innere Sicherheit, sondern auch der innere Frieden auf dem Spiel steht, soll dieses Thema im Zentrum des vertiefenden zweiten Teils stehen.

EINE UNGLÜCKSELIGE DISKUSSION

Seit der Zunahme der Flüchtlingszahlen im Zuge des Bürgerkriegs in Syrien und verstärkt seit den Anschlägen von Paris (November 2015) und Brüssel (März 2016) wird die Frage diskutiert, ob und inwiefern Flucht und Migration das Terrorrisiko in Deutschland erhöhen. Nicht nur Mitglieder rechtsgerichteter Parteien und Bewegungen, die die bislang eher liberale deutsche Flüchtlingspolitik ablehnen, sondern auch Vertreter nationaler und internationaler Sicherheitsinstitutionen sowie Anhänger gemäßiger

Positionen behaupten eine zunehmende Terrorgefahr durch Flüchtlinge. Damit werden muslimische Flüchtlinge und Migranten unter Generalverdacht gestellt und ihre Integration erschwert – dabei ist die Integration die eigentliche Herausforderung und Chance. Indem Ressentiments gegen Flüchtlinge geschürt und Aktionen gegen ihre Unterbringung legitimiert werden, tragen solche Behauptungen nicht nur dazu bei, die innere Sicherheit zu beeinträchtigen, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu schwächen.

Zunehmende
Terrorgefahr durch
Flüchtlinge?

Gleichzeitig darf man dem Thema nicht ausweichen. Einzelne Terroristen sind tatsächlich als Flüchtlinge getarnt nach Europa gelangt, und vereinzelt sind Ansprachen von Flüchtlingen durch IS-Sympathisanten in Flüchtlingsunterkünften bekannt geworden. Wie ist aber der Nexus Flucht und Terrorismus wissenschaftlich zu beurteilen?

5

135

DER FLUCHT-TERROR-NEXUS

Bislang gibt es wenig systematische Erkenntnisse über den Zusammenhang von Flucht, Migration und Terrorismus (wobei leider meist nicht zwischen Flucht und Migration unterschieden wird). Quantitative Studien haben zum Beispiel gezeigt, dass die Zahl registrierter Flüchtlinge mit der Zahl inländischer und transnationaler Terroranschläge korreliert (→ Choi/Salehyan 2013). Andere Studien zeigen, dass ein hoher Anteil von Migranten in der Bevölkerung generell das Terrorrisiko senkt, aber ein hoher Migrationsanteil aus Staaten, in denen viele Terroranschläge stattfinden, auch das Terrorrisiko im aufnehmenden Staat erhöht (→ Bove/Böhmelt 2016). Konkret konnte gezeigt werden, dass die Aufnahme von Flüchtlingen aus bestimmten Ländern das Risiko erhöht, dass Terroranschläge von Menschen aus diesen Ländern begangen werden (→ Milton/Spencer/Findley 2013). Allerdings sind diese Erkenntnisse mit Vorsicht zu genießen, weil sie auf aggregierten Länderdaten basieren, die die Entwicklungen der letzten Jahre nicht reflektieren. Zudem spezifizieren sie nicht die kausalen Mechanismen und es bleibt unklar, ob die Zunahme an Terrorismus durch eine Konfliktübertragung, durch falsche oder fehlende Integrationspolitik, durch Radikalisierung oder durch rechtsextreme Anschläge verursacht wird.

Zusammenhänge
zwischen Flucht und
Terrorgefahr nicht aus-
reichend erforscht

Konfliktübertragung (spill over) findet dann statt, wenn Flüchtlinge über Grenzen hinweg verfolgt und z. B. in Flüchtlingslagern angegriffen werden. Dieser Mechanismus spielt für Europa keine große Rolle, ist aber ein weit verbreitetes Phänomen im Globalen Süden. Dabei kann es zu grenzüberschreitenden Konflikten kommen, die ganze Regionen destabilisieren. Als Unterkategorie des spill over kann das Einschleusen von Terroristen als Flüchtlinge gelten, von dem behauptet wird, dass es in Europa zur Verbreitung von islamistischem Terrorismus beiträgt, deren Zahlen aber ebenfalls nicht eindeutig, tendenziell aber eher klein sind.

Radikalisierung findet dann statt, wenn Flüchtlinge (entweder im Gastland oder bereits zuvor) beginnen, sich zu extremistischen Ideologien zu bekennen und politische Gewalttaten unterstützen oder selbst begehen. Diskriminierung und schlechte Behandlung in Flüchtlingslagern, Ausgrenzung und Verweigerung von Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt sind nachweisbare Ursachen für die Radikalisierung von Flüchtlingen. Am Beispiel Belgiens kann man den Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Exklusion und der Bereitschaft, sich dem IS anzuschließen, nachweisen (→ Verwimp 2016).

Rechtsextremismus kann ebenso eine Ursache für die Zunahme von Terrorismus durch Flucht sein. In ganz Europa haben rechte Parteien und Bewegungen durch die Flüchtlingskrise an Zulauf gewonnen. In Ländern wie Schweden und Deutschland ist es zu rechtsradikalen Anschlägen auf Flüchtlinge und ihre Unterkünfte gekommen. In Schweden machte der Fall Anders Breivik 2011 Schlagzeilen, in Deutschland wurden im März 2018 Mitglieder der „Gruppe Freital“ wegen der Bildung einer terroristischen Vereinigung und versuchten Mordes zu hohen Haftstrafen verurteilt. Sie hatten im Sommer 2015 Anschläge auf Asylheime und politische Gegner verübt.

Zur Beurteilung des Zusammenhangs von Flucht und Terrorismus müssen die Mechanismen im Detail untersucht werden. Voreilige Schlüsse und Dramatisierung verbieten sich unter diesen Umständen.

38 Salafistischer Terrorismus in der EU 2015–2017 (eigene Erhebung)

Quelle → 5 / 143

Anzahl	2015	2016	2017	gesamt
Anschläge	8	14	21	43
Angreifer	18	20	28	66
davon mit Staatsbürgerschaft des jew. Landes	12	10	12	34
davon in 1. Generation	0	2	5	7
davon in 2. Generation	12	8	6	26
davon ohne Angaben zur Generation	0	0	1	1
davon mit anderer Staatsbürgerschaft	6	8	16	30
davon als EU Bürger	2	1	1	4
davon als Touristen	0	0	1	1
davon als Studierende	0	0	1	1
davon andere legale Aufenthaltsgenehmigung	0	1	0	1
davon als Asylbewerber; laufendes Verfahren	2	1	0	3
davon als anerkannte Flüchtlinge	0	1	1	2
davon als abgelehnte Flüchtlinge	0	2	4	6
davon illegal, nicht als abgelehnte Flüchtlinge	0	1	1	2
keine Angaben zu Status	2	1	7	10
davon gar keine Angaben / sonstiges	0	2	0	2
Gezielt als Flüchtlinge ausgegeben	2	1	0	3

SALAFISTISCHER TERRORISMUS IN EUROPA 2015–2017

Betrachtet man die Anschläge salafistischer Terroristen in Europa genauer, lassen sich erste Erkenntnisse gewinnen → **38** /136. Zwischen 2015 und 2017 fanden 43 Anschläge statt, an denen 66 Angreifer beteiligt waren. Von diesen besaßen 34 die Staatsbürgerschaft des jeweils angegriffenen Staates, während 30 eine andere Staatsbürgerschaft hatten. Die Mehrzahl der Attentäter waren demnach keine Flüchtlinge, sondern eigene Staatsbürger mit Migrationshintergrund, mehrheitlich in zweiter (26), weniger in erster Generation (7). Unter den 30 Attentätern mit anderer Staatsangehörigkeit befinden sich elf mit einem Bezug zu Flucht: sechs mit abgelehnten Asylanträgen, zwei anerkannte Flüchtlinge und drei mit laufenden Verfahren. Einer war als Tourist, einer als Student eingereist. Drei Terroristen hatten sich explizit als Flüchtlinge ausgegeben, zwei Attentäter von Paris 2015 und der in Schweden geborene Attentäter von Brüssel 2016. Das größte Problem ist demnach der sogenannte „home grown terrorism“, ausgeführt von Individuen, die sich in ihrer eigenen Gesellschaft zunehmend fremd fühlen und sich dem dschihadistischen Salafismus zuwenden. Die zweite Generation von Eingewanderten scheint dabei anfälliger für extremes Gedankengut zu sein als die erste, was eher auf eine Integrationsherausforderung denn auf eine Grenzsicherungsproblematik deutet. Bei den Terroristen mit Fluchtbezug fällt auf, dass die Mehrzahl abgelehnte Asylanträge hatte und ausreisepflichtig war. Andere waren anerkannte Flüchtlinge oder waren in einem laufenden Verfahren. Nur von einem Bruchteil der Attentäter ist bekannt, dass sie schon radikalisiert nach Europa einreisten. Für die These, dass der Islamische Staat systematisch die Fluchtrouten wählte oder wählt, um Kämpfer nach Europa einzuschleusen, spricht deshalb relativ wenig. Eher belegt ist die Radikalisierung von Flüchtlingen im Gastland, wobei Erfahrungen der Erniedrigung, Ausgrenzung und Diskriminierung wichtige Prädiktoren für eine individuelle Radikalisierung sind (→ Frindte et al. 2013). Der Großteil der Attentäter hatte nachweislich eine kriminelle Vorvergangenheit. Neben Netzwerken, die sich während Gefängnisaufenthalten bildeten, scheinen familiäre Kontakte zu extremistischen Netzwerken Radikalisierung zu begünstigen. Unter den 66 Attentätern war übrigens nur eine Frau – wobei die Anzahl von nach Syrien ausreisenden Frauen und Mädchen deutlich höher lag; eine Tatsache, die häufig in Forschung und Praxis vernachlässigt wurde.

Kaum Hinweise darauf, dass salafistischer Terrorismus von Flüchtlingen ausgeht

Der islamistische Terrorismus ist eine reale Gefahr. Die Aufmerksamkeit, die dabei Flucht und Migration in der öffentlichen Debatte geschenkt wird, steht aber in keinem Verhältnis zur tatsächlichen Bedeutung des Nexus von Flucht und Terrorismus. Offenbar werden mit der simplifizierenden Gleichsetzung andere Motive verfolgt, etwa die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik zu diskreditieren (weil sie deutsche Interessen beeinträchtigt) oder die politische Stimmung gegen Flüchtlinge und Migranten anzuheizen (weil sie die innere Sicherheit Deutschlands gefährden würden). Wie sehr diese Behauptungen im politischen Diskurs verfangen, zeigt nicht nur die in den letzten Jahren stetig ansteigende Gewalt rechter Gruppen gegen Flüchtlinge, sondern auch das abnehmende subjektive Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger.

Der behauptete Zusammenhang von Flucht und Terror heizt die politische Stimmung auf

RECHTE GEWALT UND GESELLSCHAFTLICHE POLARISIERUNG

Trotz unterschiedlicher Zählkriterien stimmen staatliche (BKA, Verfassungsschutz) und private Institutionen (Pro Asyl, Amadeu Antonio Stiftung) darin überein, dass fremdenfeindliche Gewalt in Deutschland im Zuge der Flüchtlingskrise drastisch zugenommen hat → **39** /138.² Im Jahr 2017 gab es offenbar einen leichten Rückgang, der möglicherweise mit der abnehmenden Anzahl ankommender Flüchtlinge zu erklären ist.

5

138

Die jüngsten Zahlen des Bundeskriminalamts sind jedoch immer noch erschreckend hoch: Für 2017 wurden 2.219 Angriffe auf Flüchtlinge (1.906) und Flüchtlingsunterkünfte (313) registriert. Darin kommen nicht nur Islamfeindlichkeit und Fremdenhass zum Ausdruck, sondern auch eine verbreitete Bereitschaft, Recht zu brechen und Gewalt anzuwenden. Verschiedene Studien beobachten eine zunehmende Polarisierung innerhalb der deutschen Gesellschaft, die das Potential hat, den inneren Frieden zu gefährden. So konstatiert beispielsweise die Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ eine Zunahme abwertender und feindseliger Einstellungen gegenüber bestimmten gesellschaftlichen Gruppen in Deutschland – dies betrifft vor allem Flüchtlinge und Muslime, aber auch zunehmend Arbeitslose und Obdachlose (→ Heitmeyer 2015). Andere Studien analysieren politische Milieus über Zeit. Obwohl sich das Verhältnis von demokratischen und antidemokratischen Milieus zugunsten von demokratischen umgekehrt habe, zeige sich in den antidemokratischen Milieus eine zunehmende Gewaltbereitschaft, die auf die Akzeptanz in anderen Milieus der politischen Mitte rechnen könne (→ Decker/Kiess/Brähler 2016). Die so genannte „Mitte“ sei zunehmend gespalten und der Zusammenhalt in der Gesellschaft gefährdet (→ Zick/Küpper/Krause 2016) – aber eben nicht durch angebliche Überfremdung, sondern durch gesellschaftliche Polarisierung.

Wachsende Feindseligkeit gegenüber Flüchtlingen und Muslimen

39 Rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund

Gewalttaten	2015	2016
Tötungsdelikte	0	0
Versuchte Tötungsdelikte	7	12
Körperverletzungen	756	1.020
Brandstiftungen	83	92
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	11	7
Landfriedensbruch	16	11
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr	4	8
Freiheitsberaubung	0	2
Raub	16	13
Erpressung	3	5
Widerstandsdelikte	21	19
Sexualdelikte	1	1
Fremdenfeindliche Gewalttaten insgesamt	918	1.190

SUBJEKTIVES SICHERHEITSEMPFINDEN

Diese Entwicklung macht sich auch bemerkbar im subjektiven Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger.

Die Furcht vor Terroranschlägen liegt auch 2017 mit deutlichem Abstand an der Spitze der „Ängste der Deutschen“, gefolgt von der Angst vor „politischem Extremismus“ und „Spannungen durch den Zuzug von Ausländern“ → **40** /139. Das deutet darauf hin, dass es gelungen ist, mit dem Flucht-Terror-Nexus die Bevölkerung nachhaltig zu verunsichern. Interessant ist zudem, dass schon auf Platz 6 mit 57% die „Überforderung von Deutschen/Behörden durch Flüchtlinge“ steht. Der Politik wird also von vielen nicht zugetraut, die Flüchtlingskrise zu bewältigen. Zwar haben sich die genannten Ängste seit dem Vorjahr geringfügig abgeschwächt, doch deuten sie nicht nur auf eine anhaltende Verunsicherung, sondern auf massive Zweifel an der Problemlösungsfähigkeit der Politik und damit auf eine Legitimationskrise hin.

Auch wenn das subjektive Sicherheitsgefühl nicht der Einschätzung von Experten und wissenschaftlichen Untersuchungen entspricht, ist es doch insofern wichtig, als es politische Stimmungen und Befindlichkeiten und nicht zuletzt Wahlentscheidungen beeinflusst. Das ist kein Argument für populistische Politik, um mit symbolischen Maßnahmen Stimmungen zu bedienen, sondern vielmehr ein Aufruf, über die komplexen Zusammenhänge transnationaler Risiken zu informieren und irreführenden Darstellungen entgegenzutreten – also transparent, faktenbasiert und abwägend zu kommunizieren.

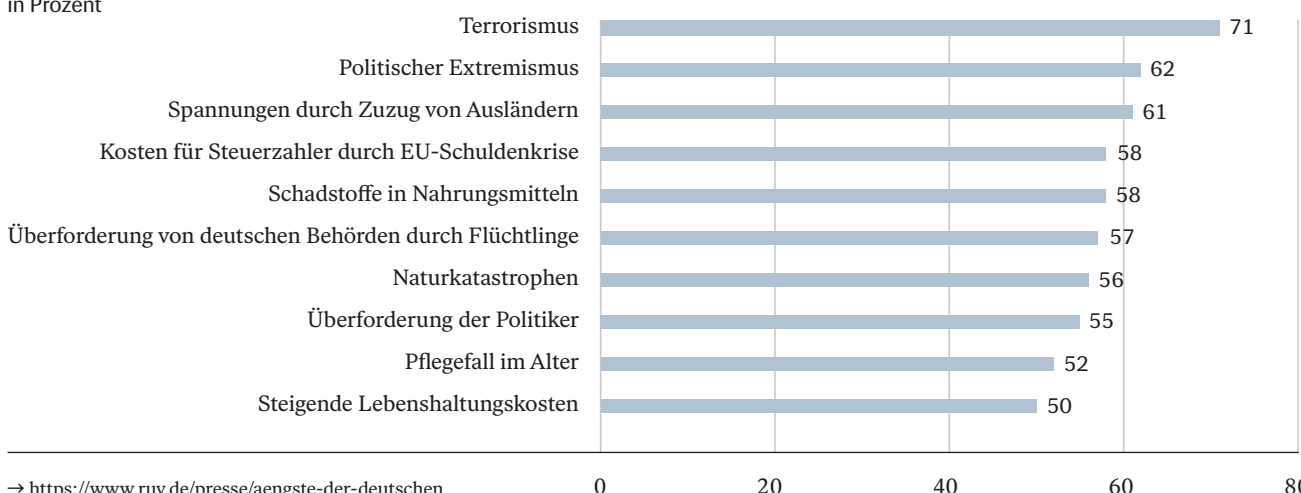
40 Die größten Ängste der Deutschen (Plätze 1–10)

Quelle → 5 /143

Unter dem Titel „Die Ängste der Deutschen“ befragt das Infocenter der R+V Versicherung seit über 20 Jahren in einer repräsentativen Umfrage rund 2.400 Bürger nach ihren größten wirtschaftlichen, politischen und persön-

lichen Ängsten. Die Ergebnisse erlauben Aufschluss über das subjektive Sicherheitsempfinden der Menschen und seine Entwicklung über Zeit.

in Prozent



→ <https://www.ruv.de/presse/aengste-der-deutschen>

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Transnationale Sicherheitsrisiken sind komplex und können sich wechselseitig verstärken. Zu ihrer Bewältigung sind Strategien notwendig, die unterschiedliche Politikbereiche (Außenpolitik, Innenpolitik, Entwicklungspolitik, Sicherheitspolitik, Außenwirtschaftspolitik und Umweltpolitik) und politische Ebenen (vom Lokalen zum Globalen) verbinden. Dafür sind ein weites Sicherheitsverständnis und ein gemeinsamer Ansatz notwendig, die von allen Ressorts getragen werden. So mühsam konzeptionelle Debatten sind, so wichtig sind sie für die inter-institutionelle Kooperation.

Transnationale Risiken sind nicht in erster Linie militärischer Natur, auch wenn sie manchmal zu Gewaltkonflikten führen oder solche verstärken. Zur Ursachenbekämpfung sollte deshalb zivilen Ansätzen Priorität eingeräumt werden. Wo zivile Konfliktbearbeitung auf die Herstellung von Sicherheit angewiesen ist, müssen militärische und polizeiliche Maßnahmen zurückhaltend eingesetzt werden, um negative Nebenwirkungen zu minimieren.

Transnationaler Terrorismus ist eine Herausforderung, auch wenn er keine existenzielle Gefahr für den Staat darstellt – zumindest im globalen Norden. Vielmehr bedroht Terrorismus die innere Sicherheit sowie den inneren Frieden. Terrorismusbekämpfung muss beides im Blick haben, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die Behauptung, transnationale Fluchtbewegungen erhöhten das Terrorismusrisiko, ist irreführend. Im Verhältnis zu anderen Faktoren, die Terrorismus fördern, ist Flucht deutlich nachrangig. Der Behauptung, die das Ziel hat, muslimische Flüchtlinge und Migranten unter Generalverdacht zu stellen und die deutsche Flüchtlingspolitik zu diskreditieren, sollte offensiv entgegengetreten werden. Das heißt nicht, die Möglichkeit, dass Flüchtlinge sich radikalieren und zu terroristischen Tätern werden, zu verharmlosen. Im Gegenteil sind verstärkte Anstrengungen notwendig, Radikalisierung zu erkennen und zu verhindern – Prävention und Integration, nicht Repression und Abschottung sind hier zentral. Neben konkreten Anstrengungen zur Prävention und Deradikalisierung muss der wachsenden Ungleichheit in der Gesellschaft begegnet werden, die der Nährboden für Radikalisierung ist.

Um der Radikalisierung von Flüchtlingen vorzubeugen, müssen nicht die Grenzen undurchlässiger und Abschiebungen häufiger werden, sondern die Integration verbessert und der Familiennachzug erleichtert werden. Diskriminierung, Ausgrenzung und Erniedrigung begünstigen Radikalisierung. Ihr kann vorgebeugt werden, wenn Menschen anerkannt und wertgeschätzt werden. Familiäre Strukturen und möglichst umgehende Integration in den Arbeitsmarkt können verhindern, dass junge Männer in den Extremismus abdriften.

Ein erleichterter Familiennachzug ist deshalb nicht nur aus humanitären Gründen, sondern auch sicherheitspolitisch geboten. Ein Einwanderungsgesetz kann Perspektiven für legale Bleibe- und schnelle Beschäftigungsmöglichkeiten bieten. Die Einwanderung potenzieller Arbeitnehmer aus dem Ausland darf aber nicht gegen die Aufnahme von Flüchtlingen ausgespielt werden.

Rechte Gewalt gegen Flüchtlinge und Asylunterkünfte ist Terrorismus und gefährdet den inneren Frieden. Die lange vernachlässigte Gefahr, die von gewaltbereiten rechten Gruppen ausgeht, und ihre Billigung in Teilen der Gesellschaft erfordern entschlossene polizeiliche und strafrechtliche Verfolgung. Auch im Falle rechter Radikalisierung müssen Programme zur Prävention und Deradikalisierung ausgebaut werden.

Die Behauptung, der Islam gehöre nicht zu Deutschland, erschwert die Integration, wenn sie von Migrantinnen und Migranten fordert, wichtige Teile ihrer kulturellen Identität aufzugeben. Deutschland braucht ein Integrationskonzept, das die friedliche Religionsausübung von muslimischen Migranten und Flüchtlingen nicht nur als etwas Fremdes toleriert, sondern als etwas Eigenes wertschätzt. Das bedeutet nicht, auf Kritik demokratiefeindlicher Elemente im Islam verzichten zu müssen.

Flüchtlingspolitik beginnt nicht erst in Deutschland. Perspektivlosigkeit und unmenschliche Lebensbedingungen in Flüchtlingslagern sind mitverantwortlich dafür, dass Menschen nicht in Nachbarländern ausharren, sondern den gefährlichen Weg nach Europa wählen. Die Fähigkeit solcher Länder, große Mengen von Flüchtlingen angemessen zu versorgen, muss gestärkt werden. Ebenso muss die chronische Unterfinanzierung des UNO-Flüchtlingshilfswerks überwunden werden, damit es seiner Aufgabe gerecht werden kann. Zudem sind alle Anstrengungen zu unternehmen, Bürgerkriege zu beenden und strukturelle Fluchtursachen wie Umweltzerstörung, fragile Staatlichkeit und Terrorismus zu überwinden.

Umweltflüchtlinge müssten zukünftig besser geschützt werden. Es ist absehbar, dass der Klimawandel zu einer Zunahme von Umweltflüchtlingen führen wird. Schon jetzt sollten Vorkehrungen zum Schutz von Umweltmigranten und -flüchtlingen getroffen werden, etwa indem ihr völkerrechtlicher Status geklärt und internationale Kooperation bei der Bewältigung von Umweltmigration vereinbart wird.

Transnationale Sicherheitsrisiken erfordern ein international abgestimmtes multilaterales Vorgehen. Die Bundesregierung sollte sich deshalb verstärkt dafür einsetzen, die EU zu einem globalen sicherheits- und friedenspolitischen Akteur auszubauen mit dem Ziel, strategische Partnerschaften eingehen zu können. Die Einbeziehung der UNO und regionaler Organisationen ist für die Bewältigung transnationaler Risiken zentral.

- 1 Die historischen Daten zur Entwicklung des Terrorismus stammen von der Global Terrorism Database (2017). Die Angaben zum Terrorismus im Jahr 2017 beruhen auf Daten des Jane's Terrorism and Insurgency Centre (2018). Hierzu gilt es anzumerken, dass sozialwissenschaftliche Daten zu Terrorismus auf Berichten von Nachrichtenagenturen beruhen und somit nur bedingt zuverlässig sind. Mögliche Fehlerquellen sind dabei die selektive geographische Berichterstattung, die historische Zunahme von Nachrichtenagenturen und Möglichkeit von Konfliktparteien, die Berichterstattung zu beeinflussen.
- 2 Auch hier gilt es auf Probleme bei der Zuverlässigkeit der Daten hinzuweisen. Regionale und historische Vergleiche werden durch den Umstand erschwert, dass Behörden und private Institutionen die Erhebungsgrundlagen für Kriminalitätsstatistiken immer wieder verändert haben. Darüber hinaus ist es nicht immer möglich, Gewalttaten eindeutig als rechtsextrem oder rassistisch einzuordnen.

Autorinnen und Autoren

Dr. Felix S. Bethke

Cologne Center for Comparative Politics /
INEF – Institut für Entwicklung und Frieden

Prof. Dr. Christopher Daase

HSFK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Dr. Julian Junk

HSFK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Quellennachweis

Bove, Vincenzo/Böhmelt, Tobias 2016: Does Immigration Induce Terrorism?, in: *Journal of Politics*, 78: 2, 572–588.

Choi, Seung-Whan/Salehyn, Idean 2013: No Good Deed Goes Unpunished: Refugees, Humanitarian Aid, and Terrorism, in: *Conflict Management and Peace Science*, 30: 1, 53–75.

Coggins, Bridget L. 2014: Does State Failure Cause Terrorism? An Empirical Analysis (1999–2008), in: *Journal of Conflict Resolution* 59:3, 455–483.

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar 2016: Die enthemmte Mitte: Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger „Mitte“-Studie, Gießen.

Frindt, Wolfgang/Ben Slama, Brahim/Dietrich, Nico/Pisoiu, Daniela/Uhlmann, Milena/Kausch, Melanie 2013: Motivationen und Karrieren salafistischer Dschihadistinnen und Dschihadisten, in: Biene, Janusz/Daase, Christopher/Junk, Julian/Müller, Harald, Hrsg., *Salafismus und Dschihadismus in Deutschland*, Frankfurt am Main: Campus, 117–158.

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) 2015, *Deutsche Zustände* (Vol. 10). Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Milton, Daniel/Spencer, Megan/Findley, Michael 2013: Radicalism of the Hopeless: Refugee Flows and Transnational Terrorism, in: *International Interactions* 39: 5, 621–645.

Piazza, James A. 2008: Incubators of Terror: Do Failed and Failing States Promote Transnational Terrorism?, in: *International Studies Quarterly*, 52:3, 469–488.

Schleussner, Carl-Friedrich et al. 2016: Armed-conflict Risks Enhanced by Climate-related Disasters in Ethnically Fractionalized Countries, in: *PNAS*, 113:33, 9216–9221.

Schmid, Alex P. 2016: Links Between Terrorism and Migration, ICCT Research Paper May 2016.

Verwimp, Philip 2016: Foreign Fighters in Syria and Iraq and the Socio-Economic Environment They Faced at Home: A Comparison of European Countries, *Perspectives on Terrorism*, 10:6, 68–81.

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen 2008: *Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel*, Wiesbaden: Springer.

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela (Hrsg.) 2016: *Gespaltene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016*, Bonn.

Abbildungen / Grafiken / Tabellen

35 /130

Entwicklung von Terroranschlägen seit dem Jahr 2000

Quelle: Global Terrorism Database.

36 /130

Entwicklung der Todesopfer bei Terroranschlägen seit dem Jahr 2000

Quelle: Global Terrorism Database.

38 /136

Salafistischer Terrorismus in der EU 2015–2017 (eigene Erhebung)

Quelle: Fragile States Index und Global Terrorism Database.

40 /139

Die größten Ängste der Deutschen (Plätze 1–10)

Quelle: Verfassungsschutzbericht 2016.

2018 /

**Kriege ohne Ende. Mehr Diplomatie –
weniger Rüstungsexporte /
friedensgutachten**

→ PDF

www.friedensgutachten.de

146

BICC Bonn International Center for Conversion

Prof. Dr. Conrad Schetter Director for Research
Pfarrer-Byns-Straße 1, 53121 Bonn
www.bicc.de

HSFK Leibniz Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Prof. Dr. Nicole Deitelhoff Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
Prof. Dr. Christopher Daase Stv. Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
Baseler Straße 27–31, 60329 Frankfurt
www.hsfk.de

IFSH Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg

Prof. Dr. Ursula Schröder Wissenschaftliche Direktorin
Beim Schlump 83, 20144 Hamburg
www.ifsh.de

INEF Institut für Entwicklung und Frieden

Universität Duisburg-Essen
Prof. Dr. Tobias Debiel Direktor
Lotharstraße 52, 47057 Duisburg
www.inef.de

Redaktionsleitung

Dr. Claudia Baumgart-Ochse, HSFK

Redaktionelle Beratung, visuelle Konzeption und Gestaltung

Diesseits – Kommunikationsdesign, Düsseldorf

Übersetzung Matthew Harris

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© **LIT VERLAG Dr. W. Hopf Berlin 2018**

Fresnostraße 2, 48159 Münster
Telefon +49 (0)251 62 03 20
lit@lit-verlag.de www.lit-verlag.de

Auslieferung Deutschland
LIT Verlag, Fresnostraße 2, 48159 Münster
Telefon +49 (0)251 62 03 222
vertrieb@lit-verlag.de

E-Books sind erhältlich unter www.litwebshop.de

ISBN 978-3-643-14023-4

Gefördert durch

